

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN, ZUKUNFT GESTALTEN

AWO Demokratiekonferenz
3.–4. Mai 2024 in Erfurt



AWO Demokratiekonferenz

3.–4. Mai 2024 in Erfurt



Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe AWO Freund*innen,

das Jahr 2024 ist ein wichtiges Wahljahr. Neben der Europawahl stehen vielerorts Kommunalwahlen und im Herbst in drei Bundesländern entscheidende Landtagswahlen auf dem Plan. „Nie wieder ist jetzt“ ist in den letzten Wochen zum Synonym im Kampf um unsere Demokratie geworden. Die Dringlichkeit ist hoch! Demokratie und unsere freiheitlichen Rechte sind nicht nur ein Geschenk, sondern eine hart erkämpfte Errungenschaft, die es zu bewahren gilt. Als AWO streiten wir ganz selbstverständlich für unsere Werte. Zunehmend sind wir jedoch auch den Angriffen von Rechtsextremisten und Populisten ausgesetzt.

Der AWO Bundesausschuss hat am 18. November 2023 ein klares Zeichen des Aufbruchs gesetzt. Wir zeigen Flagge und machen mobil. AWO und Jugendwerk gemeinsam – wir wollen gemeinsam neue Ansätze diskutieren. Unter dem Motto Demokratie verteidigen, Zukunft gestalten

haben wir Die AWO Demokratiekonferenz ins Leben gerufen. Fast 200 Menschen aus der AWO Welt sind unserer Einladung gefolgt und haben sich am 3. und 4. Mai 2024 in Erfurt eingefunden.

Mit einem breiten Programm, Impulsen, Arbeitsforen, Diskussionsrunden und Vernetzungsmöglichkeiten haben wir uns mit dringenden Themen auseinandergesetzt. Sowohl bei Hauptamtlichen als auch Ehrenamtlichen hat sich ein großer Bedarf an Austausch, Vernetzung und Fortbildung gezeigt. Ebenso überwältigend war aber auch der Wille, Mut und Engagement sich für unsere Werte und die Demokratie einzusetzen. Die vorliegende Broschüre gibt einen Einblick in die Inhalte und Themen sowie in die positive Stimmung der Konferenz.

Dank gilt allen Teilnehmer*innen und Organisator*innen der Veranstaltung. Lassen Sie uns auch in Zukunft weiter beherzt für unsere Demokratie und Werte streiten!

Als gemeinsame Veranstalter*innen zur Konferenz luden ein:

AWO Demokratiekonferenz

Kathrin Sonnenholzner und Michael Groß | Vorsitzende des Präsidiums des AWO Bundesverband e.V.

Petra Rottschalk | Vorsitzende AWO Landesverband Thüringen e.V.

Margit Wehnert | Vorsitzende AWO Landesverband Sachsen e.V.

Barbara Höckmann | Vorsitzende des Präsidiums des AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Angela Schweers | Vorstandsvorsitzende AWO Bezirksverband Potsdam e.V.

Nicole Schley und Stefan Wolfshörndl | Vorsitzende AWO Landesverband Bayern e.V.

Uwe Kunik | Vorstandsvorsitzender AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Stephanie Becker-Bösch | Vorsitzende AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V.



GRUSSWORTE



Kathrin Sonnenholzner

Vorsitzende des AWO
Bundespräsidiums

*Das vollständige Grußwort von
Kathrin Sonnenholzner auf Seite 6-7*



Blitzinterview mit den Veranstalterinnen

Petra Rottschalk, Vorsitzende AWO Landesverband Thüringen e.V.

Margit Weihert, Vorsitzende AWO Landesverband Sachsen e.V.

Barbara Höckmann, Vorsitzende des Präsidiums des AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

**Bodo
Ramelow**
Ministerpräsident des
Freistaats Thüringen



4.5

GRUSSWORT

Kathrin Sonnenholzner

Vorsitzende des AWO Bundespräsidiums

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich, heute so viele von euch hier in Erfurt begrüßen zu dürfen. Ich sehe Haupt- und Ehrenamtliche, Funktionsträger*innen und Engagierte und Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die heute unseren AWO-Blick nochmal um ihre eigene Perspektive ergänzen und bereichern können. Ganz herzlich möchte ich mir bereits hier bei den ausrichtenden Verbänden bedanken, dass sie die Initiative ergriffen haben und zu dieser so wichtigen Konferenz eingeladen haben.

Wie ihr alle wisst, ist 2024 ein Wahljahr von wegweisender Schlagkraft. Die Europawahl in einem Monat, die Kommunalwahlen in knapp der Hälfte der deutschen Bundesländer und die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg,

bei allen bangen wir, dass die rechts-extremen Parteien große Zugewinne verzeichnen werden und das auch nach zuletzt leichten Verlusten laut der Umfragen.

Diejenigen unter euch, die mich kennen, wissen, ich bin keine Person, die schnell in Panik gerät und bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Teufel an die Wand malt. Ich bin überzeugt, dass nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird und dass wir als AWO und als breite Zivilgesellschaft auch auf eventuelle erneute Wahlsiege der AfD unsere sinnvollen und mutigen Antworten finden werden. Auch als die AfD erstmals in die Landesparlamente und den Bundestag eingezogen ist, haben die demokratischen Parteien und Teile der Gesellschaft ihren durchsetzungstarken Umgang damit gefunden. Von gekonntem Demontieren der rechten Argumentation, zu kreativem und lustigem

Protest zu gezielter nicht-Zusammenarbeit, es gibt Möglichkeiten mit der bestehenden Situation umzugehen.

Und dennoch will ich über meine Sorgen nicht hinwegtäuschen: Rechtsextreme Parteien in demokratischen Institutionen bedeuten immer eine Gefahr für die Freiheit der Gesellschaft im Allgemeinen, für das Lebensglück einzelner und besonders für gesellschaftlich Marginalisierte. Ihnen muss auch heutzutage bereits unser besonderer Schutz gelten.

Ich mache mir auch Sorgen um die Arbeitsfähigkeit unserer Dienste und Einrichtungen. Denn, man muss es einfach so sagen, es ist das erste Mal, dass in unserem Verband, der auch zu Zeiten der NS-Diktatur den Rechtsextremen ein Dorn im Auge war und zerschlagen wurde, erneut Mitarbeiter*innen und Ehren-

amtlichen, unsere Einrichtungen und Gliederungen, für ihr Engagement bedroht und angegriffen werden. Weil sie Gesicht zeigen, für den Sozialstaat und die Demokratie und sich für die AWO-Werte Werte Solidarität, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen. Dafür stehen wir seit unserer Gründung im Jahr 1919, liebe Freundinnen und Freunde.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Erstarkens der extremen Rechten und der beschriebenen Angriffe, ist es skandalös, dass die Haushaltsmittel im Demokratieförderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ für die kommende Förderphase de facto gekürzt werden sollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass in ländlichen Regionen Leerstellen entstehen und sich Engagierte allein gelassen fühlen. Gerade hier brauchen wir das dauerhafte und starke Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Die auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen stattfindenden Proteste gegen das Erstarken des Rechtsextremismus dürfen in ihrem Engagement nicht alleingelassen werden, sondern brauchen weiterhin professionelle Beratung und Unterstützung. Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert seit 2010 Projekte bei Vereinen und Verbänden in eben diesen Regionen, mit dem Ziel der Demokratiestärkung und Extremismusprävention. Trotz der allseits bekannten Gefährdung unserer Demokratie soll hier also bei der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung gekürzt und der Haushaltsposten für das Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ nicht verstetigt oder ausgebaut werden. Über Jahre hinweg sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren qualifiziert worden, die in den Einrichtungen und Diensten Ansprechpersonen sind, Aktivitäten zur Demokratiestärkung entfalten und in den vielfältigen Verbänden vor Ort einen „demokratischen Unterschied“ machen. Deren Begleitung, Stärkung und Qualifizierung würde bei einer Kürzung des Programms an vielen Orten zu gefährlichen Leerstellen führen und den Aktiven das Gefühl geben, alleingelassen zu sein.

Hier zeigt sich meiner Meinung nach eine Verbindungslinie zu dem anderen großen Thema, das uns seit einigen Monaten nicht loslässt: die rigide Haushaltspolitik unserer aktuellen Regierung. Die sich abzeichnenden Kürzungen sind eine Gefahr für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Stabilität unseres Landes, denn die Sparpolitik beschränkt die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens in einer Zeit, in der es von rechts massiv unter Druck ist. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Demokratie kaputtgespart wird und der Staat die Herausforderungen unserer Zeit nicht anpacken kann. Es braucht jetzt dringend einen Kurswechsel mit einer Reform der Schuldenbremse, denn sie ist eben auch eine Demokratiebremse!

Nun aber genug der Analyse, jetzt heißt es aktiv werden und das gemeinsam unter dem Motto „Demokratie verteidigen, Zukunft gestalten“. Lasst uns Handlungsoptionen für ein vielfältiges Miteinander, für Demokratie und Akzeptanz in der AWO und in den Sozialräumen diskutieren.

AWO Demokratiekonferenz

Ich finde, das Programm gelungen, denn es ist für alle Geschmäcker etwas dabei, ob theorie- oder praxisaffin, ob kommunal- oder bundesbezogen, ob in der politischen Kommunikation oder der sozialen Arbeit.

Ihr könnt euch heute mit rechtlichen Besonderheiten im Gemeinnützigkeitsrecht auseinandersetzen, euch die schlagfertigsten Argumente gegen rechte Parolen ausdenken, kreative Aktionsformen ausprobieren, etwas zum Umgang mit Hate-speech, Diskriminierung und Rassismus erarbeiten und mit Gleichgesinnten debattieren und erforschen, was zum Gelingen einer lebendigen Streitkultur beiträgt.

Lasst uns gemeinsam an die Arbeit gehen und uns dabei Humor und Gelassenheit bewahren.

Vielen Dank!

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende des AWO Bundespräsidiums



KEYNOTE

AWO Demokratiekonferenz

Paulina Fröhlich
Progressives Zentrum Berlin

Land der Lösungsfinder? Konflikt und Kompromiss im Alltag pflegen.



Vor kurzem war Firas bei mir. Firas ist der Handwerker meines Vertrauens. Ich kenne ihn nun schon zwei Jahre und wann immer etwas kaputt ist, auf- oder umgebaut werden muss – ich rufe Firas an.

In der Regel läuft sein Besuch so ab, dass ich ihm erkläre, was ich mir vorgestellt habe und wünsche, er hört zu und prüft dann Materialien, z.B. klopft er auf die entsprechende Wand, besieht sich die Schrauben, die ich besorgt habe oder misst etwas aus.

Danach gibt er mir eine Einschätzung: "Das kann ich so nicht machen, weil das nicht halten wird, aber wenn wir hier etwas abschneiden und ich eine andere Schraube nehme, dann klappt's." Ich halte meinen einjährigen Sohn auf dem Arm, der fasziniert zuschaut, während Firas bohrt, hämmert oder klebt. Ich schaue ihm auch aufmerksam zu.

Neulich habe ich ihn etwas gefragt: „Firas, ich interessiere mich für Lösungen und insbesondere für Lösungsfindung. Du findest doch den ganzen Tag Lösungen. Darf ich Dich dazu mal interviewen?“ Firas lachte. „Ja, aber nur handwerkliche“, sagt er. „Naja, aber Du findest Lösungen für und mit Menschen“, entgegnete ich. „Du probierst etwas aus und schaust, ob es zufriedenstellend funktioniert. Du nimmst in Kauf, dass etwas vielleicht nicht so wird wie ursprünglich gehofft, dafür ist es aber sicherer und schöner.“ Ja. Jetzt grinste er. Nun sind wir zum Interview verabredet. Das findet nächste Woche statt.

Ich erzähle Euch von Firas, weil ich seit einiger Zeit denke, dass man, **wo man nur hinschaut, Lösungsfinder findet**. Bei einem Spaziergang durch meinen Kiez sehe ich z. B. folgendes:

- Das Schild einer Scheidungsanwältin. Sie manövriert zwei meist streitende Parteien durch einen Konflikt, sie findet eine Lösung für und mit den beiden. Vielleicht denkt nun der eine oder die andere von Ihnen, auch aus eigener Erfahrung, naja – das macht so eine Anwältin aber manchmal eher schlecht als recht und viel Geld bekommt sie dafür auch noch. Das mag sein, ist aber nicht mein Punkt. Mein Punkt ist, dass es der Job dieser Frau ist, Kompromisse zu schmieden und Lösungen zu finden.
- Ich laufe weiter und höre noch bevor ich sie sehe eine KiTa. Am Zaun beugt sich ein Erzieher zu drei Kindern herunter. Offenbar gab es gerade einen Konflikt zwischen ihnen. Der Erzieher schlichtet ihn, bietet Lösungen an, die Kinder überlegen und entscheiden sich für eine.
- Am Ende der Straße auf einer Parkbank sitzen zwei Studierende. Sie unterhalten

sich über ihre Nebenjobs. Scheinbar IT-Spezialisten. Den ganzen Tag lösen sie Probleme anderer, programmieren Lösungen, die für alle funktionieren.

So ein Spaziergang mit dem Blick auf Lösungsfinder ist empfehlenswert. Im Gegenteil sind viele von uns Deutschen sehr geübt. **Umherlaufen und Probleme sehen, für die andere verantwortlich sind**. Ahh, da ist wieder ein Falschparker! Ahh, da wurde mal wieder mit Graffiti gesprayt! Ahh, da renovieren sie mal wieder ein Gebäude, das danach für den dreifachen Preis vermietet oder als teure Eigentumswohnung verkauft wird! Ich sage nicht, dass der Blick für Probleme schlecht ist. Wie könnte ich? **Konflikte sind der Treibstoff von Fortschritt**. Nonkonformismus, Widerspruch und Meinungsvielfalt sind das demokratische Normal. Etwas Problematisches zu er-

kennen und benennen zu können, ist die Voraussetzung dafür, ins Handeln zu kommen und für eine Lösung tätig zu werden.

In der Demokratie sind dafür alle, wirklich alle, zuständig. Die lange Reihe an Rechten in der Demokratie sind uns allen bekannt. **Freiheitsrechte sind eine enorme Errungenschaft**. Ich habe ein Recht darauf zu sagen, was mir nicht passt. Ich habe ein Recht, mich laut und erbost zu äußern, ich habe ein Recht, mich mit anderen zu versammeln, die das ähnlich sehen.

Wenn ich aber die Demokratie lediglich als einen Rechte-Katalog gefüllt mit meinen Ansprüchen verstehe, dann habe ich nur die Hälfte davon verstanden. Demokratie ist kein Bestellservice, bei dem ich ordere, was ich will und wenn es ankommt und nicht genauso ist, vergebe ich nur einen Stern von fünf und sende es zurück.

Politologe und Autor Felix Heidenreich sagt, die **Demokratie ist auch eine Zumutung**. Mit ihr gehen auch Pflichten einher. Und wie Recht er damit hat. Während in einer Diktatur oder in einer Monarchie die Herrschenden den Erhalt des Systems verantworten, tun es in einer Demokratie wir alle. Eine Demokratie ohne Demokraten hat keine Zukunft. Dabei bedeutet Demokrat oder Demokratin ein aktiver, sich seinen demokratischen Rechten und auch Pflichten bewusster, Bürger zu sein.

Ein *Citoyen*, wie Heidenreich schreibt. *Citoyen* lässt sich übersetzen mit: Staatsbürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt und dieses mitgestaltet. Der Bürger oder die Bürgerin ist also mitverantwortlich dafür, auf andere zu achten, sich konstruktiv, also gestaltend einzubringen und Probleme zu

benennen und in den Konflikt zu treten, wenn das Problem ihm oder ihr besonders groß oder wichtig erscheint.

Es ist kein Ding der Unmöglichkeit, dass er oder sie das tun muss. Es ist kein Problem der Demokratie, sondern ihr Charakter. **Konflikt von allen Seiten ist ihre DNA.** Nun kommt das Aber. Denn das wichtige ist, wie ein Konflikt vorgetragen bzw. bearbeitet, auch wie auf ihn reagiert wird.

Wie sehr sind die Konfliktvortragenden überhaupt an einer Lösung interessiert? Inwiefern haben sie eine mögliche Lösung bereits mitgedacht und vorgebracht? Wessen Interessen sind bei ihrem Lösungsvorschlag mitbedacht, sofern es einen gibt?

Wenn ich die Stimmung in Deutschland, sagen wir seit Ende letzten Jahres, betrachte, dann wird mir zuweilen ganz mulmig. Mir scheint der Teil mit den Rechten, den Ansprüchen, den haben viele Leute sehr präsent. **Der Teil mit der Problemfindung und -benennung, der wird fleißig eingelöst.**

Medial scheint ohnehin die zynische Formel "Bad News are Good News" wider eines besseren Wissens nicht durch das Konzept der "Constructive News" abgelöst zu werden.

Lösungsfindung jedoch, wird politisch von kaum jemanden aus der Gesellschaft routiniert praktiziert oder auch nur honoriert.

- Wird in der politischen Öffentlichkeit ein Lösungsvorschlag gemacht, heißt es sogleich: Ungenügend! Man lässt den Lösungsvorschlagenden kaum ausreden, lieber wird direkt auf dem ersten Satz rumgehackt.
- Wird ein politischer Kompromiss präsentiert, heißt es sogleich: das sei ein fauler Kompromiss oder verwässere das politische Ziel komplett. Man wäre weich geworden, zu sehr auf das Gegenüber eingegangen.
- Wird etwas Neues ausprobiert, gilt es als unsicher.
- Wird etwas Bewährtes wiederholt, gilt es als veraltet.

Woher kommt diese Strenge gegenüber politischen Lösungsversuchen derzeit?

Wissen wir nicht sehr gut, wie mühsam, aber wertvoll es ist, einen Kompromiss auszuhandeln aus unserem eigenen Alltag, als Kindergärtner, als Anwältin, als IT-Spezialistin, als Handwerker?

- Wenn Firas los bohrt, dann kreische ich nicht rein und verurteile seinen Ansatz, wenn ich zweifle, dann äußere ich das ruhig und begründe meinen Zweifel, ich sage, was für eine Lösung ich mir vorstelle, vertraue aber auf sein Urteil und Ideen.
- Wenn der Kindergärtner sagt, wie wäre es, wenn erst Samira schaukelt und danach Tim, dann ist das kein fauler Kompromiss.
- Wenn die IT-Assistentin auf der Arbeit sagt, so, ich hab Dir nun einen Passwort Manager angelegt, aber Du musst nun bitte wirklich drauf achten, dass du deine Passwörter alle paar Monate änderst und mir frühzeitig Bescheid gibst, wenn es ein Problem gibt, dann ist das keine Gängelung.

Ich glaube unser Land ist voll von Lösungsfindern. Ich glaube, die aller-, allermeisten von uns sind Lösungsfinder. Ich möchte, dass wir die Lösungsfindungsversuche wertschätzen, dass wir sie ernst meinen, dass wir sie stets versuchen, im besten Wissen und Gewissen für alle betroffenen Parteien zu gestalten – denn das bedeutet Gemeinwesen.

Und, ich wünsche mir, dass wir diese Lösungsfindungskunst vom Privaten oder Beruflichen ins Politische übertragen.

Verstehen wir die Regierungserklärung, den Gesetzesvorschlag, die Wahlkampfrede als einen Lösungsvorschlag.

Hören wir ihm ernsthaft und kritisch zu. Wertschätzen wir den Vorschlag, stehen wir Kompromissen nicht abgeneigt gegenüber, prüfen wir Interessen und Ziele, wägen wir Möglichkeiten und Einschränkungen ab. Benennen wir Problematisches und ergänzen wir konstruktiv Verbesserungen.

Besonders wichtig ist mir aber folgendes zu sagen: Prüfen wir, ob der Vorschlag auch für Menschen und Menschengruppen funktioniert, die ganz anders sind als man selbst.

- Ist der Bebauungsplan für diese Straßenkreuzung auch Rollstuhlfahrer-freundlich?
- Was bedeutet das Deutschlandticket für Bewohner:innen ländlicher Räume?
- Nutzt das neue Rentenkonzept auch besonders alleinerziehenden Frauen, die häufig zu kurz kamen in dieser Sache?
- Profitieren auch zukünftige Generationen von diesem kommunalen Wärmeplan?

Hören wir einen Lösungsvorschlag, der uns absurd erscheint, fragen wir unser Gegenüber:

- Für wen, glaubst Du, funktioniert dieser Vorschlag nicht gut und warum?
- Welchen Kompromiss bist Du bereits eingegangen, so dass Dein Vorschlag für eine andere Gruppe funktioniert?
- Was ist das Kernziel hinter deiner Idee und wer glaubst Du ist weshalb dagegen? Kannst Du ihn oder sie verstehen?

Wir müssen Konflikte und Kompromisse in unserem Alltag begrüßen, hoch und runter praktizieren, das mag anstrengend sein – ich erinnere an Felix Heidenreich, der sagte „Demokratie ist auch Zumutung – aber als *Citoyen*, als Bürgerinnen und Bürger, die wir eine lebhaft Demokratie beschützen und entwickeln wollen, ist das der richtige Weg.“ Ich bin sicher, Sie als Führungskräfte, als Einrichtungsleitende – Sie erleben das, was ich beschreibe, jeden Tag. Sie sind mit Problemen konfrontiert, mit zu kleinen Budgets, mit engen Zeitplänen, mit widerstreitenden Interessen, Sie wägen ab und treffen Entscheidungen, sie erklären und verteidigen diese.

Nichts anderes, machen in der Regel demokratische Politikerinnen und Politiker. Sie verfolgen Interessen und Ziele, wägen dabei Risiken und Möglichkeiten ab, sie arbeiten unter Zeitdruck und – wie wir alle wissen leider nun auch unter großem Haushaltsdruck – sie müssen sich erklären und Lehren ziehen, was sie beim nächsten Mal besser machen können.

- Jene, die behaupten Demokratie bedeute, dass ein sogenannter homogener Volkswille eins zu eins Umsetzung erfahren muss,
- Jene, die behaupten, dass internationale Abkommen, Minderheitenrechte oder Fraktionsinteressen faul und Verwässerung seien,
- Jene, die behaupten, dass eine bestimmte Menschengruppe per se mehr Anrecht hätte, gehört zu werden, als eine andere
- Jene sind keine Demokraten.

Natürlich wissen sie das. Sie wissen, dass wir ihnen diese Dinge ankreiden. Sie wissen, dass wir ihnen das demokratisch sein zu Recht absprechen. Also tragen sie es extra laut vor sich her. Sie werben auf großen Tafeln mit dem Spruch "Demokratie verteidigen", sie betonen vermeintlich die Meinungsfreiheit und verwechseln das Recht auf Denken und Sprechen mit dem Recht auf Wahl und Amt.

Sie sind es, die uns unsere Lösungsvorschläge madig reden wollen. Sie sind es, die Konflikt als bedauernswerte Störung und Kompromiss, als verweichlichte Krücke betrachten.

Einer ihrer stärksten Mittel ist die Emotion. Ob eine positive oder negative ist dabei erstmal gleich. Wut und Angst gehört genauso zu ihrem Repertoire wie Stolz oder ein zufriedenes Sicherheits- oder Zugehörigkeitsgefühl. Diese Stärke haben sie uns Demokraten voraus. Wir sind zögerlich mit Emotionen und verlieren dabei Menschen, die schichtweg meist über Emotionen funktionieren.

Die Neurowissenschaftlerin Maren Urner sagt "Politik ist nichts anderes als ein Aushandlungsprozess über unterschiedliche Gefühle." Sie plädiert dafür, angesichts fortschreitender Krisen, endlich damit aufzuhören, Verstand und Emotionen voneinander zu trennen. Emotionen bedeuten ja nicht gleich, kopflos zu handeln.

Wenn wir ehrlich sind, dann sind Emotionen ja von Beginn an im Spiel, sobald wir ein Problem erkennen, fühlen wir etwas. Unzufriedenheit, Genervtheit, Ärger, Traurigkeit oder Unverständnis.

Paulina Fröhlich
Progressives
Zentrum Berlin



Ich kenne auch Menschen, die diese Gefühle binnen Sekunden überspringen und sofort ein durch und durch aufgeregtes, motiviertes Lösungsgefühl verspüren. Sobald sie etwas Kaputtes oder Unpraktisches erblicken, sprudeln sie los und stecken andere begeistert von einer Verbesserungsidee an.

Blicken wir in den politischen Raum, dann sollten wir dort Repräsentantinnen und Repräsentanten erkennen, die diese Gefühle spiegeln. Denen es auch so geht. Demokratische Politikerinnen, die ebenso verärgert wie wir über den Wohnungsmarkt sind, Politiker, die ebenfalls genervt vom lahmen Schienenausbau auf dem Land sind. Politiker, die empört sind über Ungerechtigkeit. Dann müssen wir aber auch erleben, wie sie uns für ihre Lösungsvorschläge und Argumente begeistern. Ich muss mich emotional angesprochen fühlen von ihrem Ziel und Weg.

Dabei gilt es nicht, das Goldene vom Himmel zu versprechen, damit wäre ein bodenloses Enttäuschungsgefühl vorprogrammiert. Auch der Kompromiss muss rational, genauso wie emotional, anschlussfähig sein. Das funktioniert zum Beispiel über Sympathien, die mir für mein Gegenüber nahegebracht werden. Das sehen wir in beeindruckender Weise in Bürgerräten, wie dem, den es hier in Thüringen zur Corona-Pandemie gab.

Die heutige Demokratiekonferenz trägt die Überschrift „Demokratie verteidigen, Zukunft gestalten“. Ich bin überzeugt, dass Konflikte dabei eine zentrale Rolle spielen.

Unsere Haltung sollte heißen: Konflikte sind nicht nur normal, sie sind gut. Und: der Ton macht die Musik: Wie ein Konflikt vorgebracht wird, wie es um die politische Responsivität bestellt ist, darauf kommt's an.

Ich bin überzeugt, dass Kompromisse für den heutigen Titel eine ganz zentrale Rolle spielen. Ich finde, dass wir als Vorbilder in einen Lösungsfindungsmodus schalten sollten, der mit ehrlichen Emotionen und klarem Verstand arbeitet.

Schauen wir uns im Alltag beim nächsten Spaziergang um, sprechen wir beim nächsten Treffen mit Freunden darüber: Wo finden wir tagtäglich Lösungen? Welche Rolle spielen Kompromisse dabei? Wann haben wir am meisten gelernt?

Ich werde nächste Woche mit Firas sprechen. Ich werde ihn zu seinen Lösungsfindungserfahrungen befragen und ich werde ihn fragen, was er davon auch aufs Politische übertragen kann, welchen Wert Lösungen für eine ganze Gesellschaft haben.

Wo für ihn die Unterschiede liegen und für welches politische Problem er sich endlich mal eine gute Lösung wünscht. Ich werde darauf achten, welche Emotionen ich währenddessen bei ihm spüre und ich werde nach Gemeinsamkeiten bei uns suchen.

Aufrichtiges Interesse am Gegenüber, gemeinsames Nachdenken, Zweifel und Imaginieren. Das haben wir den Antidemokraten nämlich voraus. Wir sind verdammt gut darin. Nutzen wir es! **Vielen Dank.**

IMPULSE

Rechtspopulismus, antidemokratische Krisenmobilisierung und Thüringen vor dem Wahljahr

Axel Saalheiser, IDZ Jena

2024 kann wohl als wichtigstes Wahljahr im Freistaat Thüringen seit 1990 bezeichnet werden: Die demokratische Kultur steht am Scheideweg, denn die extreme Rechte greift nach der Macht. Allen bisherigen Analysen und Prognosen nach könnte sie – ungeachtet der Proteste gegen das Erstarken des Rechtsextremismus – tatsächlich ihren Einfluss auf Politik und Gesellschaft erhöhen und die Stabilität und Zukunft der Demokratie im Freistaat gefährden. Im Vortrag werden Befunde zu Ursachen, Kontexten und potenziellen Auswirkungen skizziert. Anschließend werden gemeinsam Handlungsmöglichkeiten in konkreten Praxisfeldern diskutiert, wie diesem Bedrohungsszenario entgegengewirkt werden kann.



AWO als kommunale Partnerin – wie gehen wir mit der AfD in den kommunalen Gremien und in der Verwaltung um?

Benjamin Winkler, Amadeu Antonio Stiftung

Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke, Bundessprecher Tino Chrupalla und der frisch gewählte AfD-Landrat Robert Sesselmann stehen einträchtig nebeneinander, begleitet von dutzenden weiteren extremen Rechten, die sich über den ersten großen kommunalen Wahlsieg der Rechtsaußen-Partei freuen. Das war am 25. Juni 2023 im thüringischen Sonneberg. Sechs Monate später droht das Szenario von Sonneberg auch an anderen Orten in Thüringen sowie in den übrigen Neuen Bundesländern. Erfreulicherweise regt sich aber auch Protest gegen die scheinbar immer stärker werdende AfD im Kommunalen. Im Vortrag geht es um die Bedeutung des Kommunalen für die AfD, ihre Strategie der rechtsextremen Land- und Raumgewinnung durch politische und vopolitische Konzepte sowie die Möglichkeiten, wie in den kommunalen Gremien auf die Partei reagiert werden kann. Gleichzeitig wird ein Licht auf die Frage geworfen, wie sich ein Wohlfahrtsverband gegenüber einer potenziellen AfD-Verwaltung in Stadt oder Land verhalten kann.



Rechtsextremismus als Herausforderung für Jugendhilfe und Soziale Arbeit

Pascal Begrich, Miteinander e.V.

Torsten Nagel, Leiter der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein in Trägerschaft des AWO Landesverbandes Schleswig-Holstein

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Krisen erleben wir ein Erstarken des Rechtsextremismus. Der Vortrag beleuchtet die damit einhergehenden Herausforderungen für Beruf und Ehrenamt. Im Anschluss werden anhand von Erfahrungen aus der Praxis der Teilnehmenden Handlungsoptionen für die Arbeit der AWO diskutiert.



Soziale Medien und demokratischer Diskurs

André Nagel, Bundeszentrale politische Bildung

Soziale Medien sind fester Bestandteil unseres Alltags – ob privat oder beruflich. Wir informieren uns, kommen in den Austausch und streiten miteinander. Das hat Einfluss auf unsere individuelle Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs. Neben den Potenzialen für mehr Teilhabe und Demokratie zeigen die vergangenen Jahre, dass sich auch insbesondere antidemokratische Akteure die Funktionslogiken der Plattformen zu Nutze machen. Das müssen wir reflektieren und damit umzugehen lernen.

Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen. Wie gefährlich die AfD wirklich ist

Hendrik Cremer, Deutsches Institut für Menschenrechte

Hendrik Cremer zeigt in seinem Buch „Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen“ eine Entwicklung, die angesichts der deutschen Geschichte lange nicht für möglich gehalten wurde. Die Strategie der AfD droht aufzugehen, wenn sich der Umgang mit ihr nicht grundlegend wandelt. In dem Impulsbeitrag stellt der Autor Befunde aus seinem Buch und Folgerungen für die Freie Wohlfahrt zur Diskussion. diskutiert, wie diesem Bedrohungsszenario entgegengewirkt werden kann.



Gemeinsam Demokratie stärken! Erfahrungen und Praxisbeispiele aus der Projektarbeit Z:T

Ulrich Karg, AWO Sachsen & Nadja Körner, AWO Thüringen

Die Zusammenhalt-durch-Teilhabe-Projekte der AWO setzen sich seit Jahren intensiv mit der Stärkung und Förderung demokratischer Prozesse sowie der Sensibilisierung für Demokratiegefährdungen im Verband auseinander. Wir möchten in Austausch kommen über die vielfältigen Erfahrungen, die wir im Zuge dieser Arbeit gesammelt haben und Ergebnisse und Ansätze vorstellen, die sich im Laufe der Jahre als effektiv herausgestellt haben. Zudem möchten wir Veränderungsprozesse vorstellen und diskutieren, wie die AWO als Organisation auf Herausforderungen und Fälle von Anfeindungen und Gefährdungen reagieren kann.



MUSIK

Kleines Zwischenspiel



Steffen Wilhelm
Performer und Dirigent



DE

FREUE

Freude, schöner Götterfunken,
Tochter aus Elisium,
Wir betreten feuertrunken,
Himmlische, dein Heiligthum.
Deine Zauber binden wieder,
Was die Mode streng getheilt,
Alle Menschen werden Brüder,
Wo dein sanfter Flügel weilt.

Wem der große Wurf gelungen,
Eines Freundes Freund zu seyn,
Wer ein holdes Weib errungen,
Mische seinen Jubel ein!
Ja – wer auch nur eine Seele
Sein nennt auf dem Erdenrund!
Und wer's nie gekonnt, der stehle
Weinend sich aus diesem Bund!

*Text: Friedrich Schiller
Melodie: Ludwig van Beethoven*



An die Freude



WORKSHOPS

AWO als kommunale Partnerin – wie gehen wir mit der AfD in den kommunalen Gremien und in der Verwaltung um?

Benjamin Winkler, Amadeu Antonio Stiftung

Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke, Bundessprecher Tino Chrupalla und der frisch gewählte AfD-Landrat Robert Sesselmann stehen einträchtig nebeneinander, begleitet von dutzenden weiteren extremen Rechten, die sich über den ersten großen kommunalen Wahlsieg der Rechtsaußen-Partei freuen. Das war am 25. Juni 2023 im thüringischen Sonneberg. Sechs Monate später droht das Szenario von Sonneberg auch an anderen Orten in Thüringen sowie in den übrigen Neuen Bundesländern. Erfreulicherweise regt sich aber auch Protest gegen die scheinbar immer stärker werdende AfD im Kommunalen. Der Workshop knüpft an dem Vortrag des Vormittags an und beschäftigt sich eingehender mit Handlungsansätzen von Wohlfahrtsverbänden wie der AWO.



Grundsatzkompass – Methodenkoffer zum AWO Grundsatzprogramm und AWO Werten

Hanna Schwarz, AWO Bundesverband

Im dem Workshop wollen wir uns mit den Inhalten des AWO Grundsatzprogramms beschäftigen und gleichzeitig den vom AWO Bundesverband entwickelten Grundsatzkompass mit Methoden zur Auseinandersetzung mit dem Grundsatzprogramm kennenlernen. Der Methodenkoffer beinhaltet methodisch aufbereitete Anregungen, spielerische Einheiten und Workshops, die je nach Zielgruppe und Anlass arrangiert werden können und von niedrigschwellig bis zu abstrakt und theoretisch reichen.

Klare Kante gegen Rechts-Extremismus – rechtskonformer Umgang mit Extremismus

Antje Golombek, AWO Bundesverband

Die AWO nimmt die Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege nach ihrem Selbstverständnis wahr. Als rechtlich private Institution übernimmt sie auch öffentliche Aufgaben, maßgeblich durch staatliche Förderungen finanziert. Der eigene rechtskonforme Umgang der AWO mit rechtsextremistischen, völkisch-nationalen und radikalen Positionen von Vereinigungen wird diskutiert. Daraus werden AWO-Leitlinien erarbeitet. Erörtert wird, inwiefern sich die AWO inhaltlichen Diskussionen stellen kann und muss, inwieweit sie zulässig solche Positionen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausgrenzen und sich entsprechend ihrer Grundwerte abgrenzen kann.

Open Space

Anne Märtens, AWO Thüringen

Mit dem Open Space geben wir allen Teilnehmer*innen die Möglichkeit, Fragen, Themen und Anliegen zu platzieren und in den Austausch dazu zu kommen. Das Open Space Board befindet sich im Foyer.

Als Gesprächsräume können die vorhandenen Sitzgruppen im Foyer des Congress Center genutzt werden, die entsprechend gekennzeichnet sind.

Kreative Aktionsformen in der Praxis

Giovanni Schulze, Aktionstrainer

In diesem Workshop öffnen wir den Methodenkasten kreativer politischer Straßenaktionen: Welche politischen Aktionsformen gibt es, um sich Gehör zu verschaffen? Wie kann ein langweiliger Infotisch interessanter werden? Was für Alternativen gibt es zur normalen Latschdemo? Wir lassen uns zunächst von der Fülle kreativer



„AWO leben!“ – Anregungen für innerverbandliche Demokratiestärkung

Susanne Beyer, AWO Bundesverband mit Vertreter*innen des AWO Forum Demokratie

Im Workshop stellen wir die Arbeit des AWO Forums Demokratie vor. Im Fokus stehen bisherige Erkenntnisse zu Antidiskriminierungsstrukturen sowie die Praxissammlung „AWO leben!“, die derzeit erarbeitet und ab Ende 2024 als Werkzeug für demokratie-stärkendes Handeln im Verband verbreitet und fortlaufend angereichert wird. Wir wollen über Maßnahmen zur innerverbandlichen Demokratiestärkung in den Austausch kommen und die entstehende Praxissammlung mit den Erfahrungen der Teilnehmenden ergänzen.



Solidarisch gegen Diskriminierung in der AWO und darüber hinaus

Dr. Britta Schellenberg, Leiterin des Zentrums „Den Menschen im Blick“, Ludwig-Maximilians-Universität München

Ausgehend von Kurztönen, Chatnachrichten und Memes werden Hassrede und verschiedene Formen von Diskriminierung kritisch ins Gespräch gebracht und ideologische Bezugspunkte offengelegt. Gemeinsam werden aktuelle gesellschaftliche und politische Herausforderungen beleuchtet und Grundpfeiler für das solidarische Miteinander diskutiert. Ziel ist es, Diskriminierung als Problem für Einzelne, die AWO und die Gesamtgesellschaft zu erkennen, besprechbar zu machen und professionelles Handeln zu stärken.

Streiten für Demokratie am Arbeitsplatz oder im Ehrenamt – für eine bessere Debattenkultur

Lennart Feix, Trainer im Programm „Jugend debattiert“ der Gemeinnützigen Hertie Stiftung

„Der Ton hat sich verschärft. Das Klima ist rauer geworden.“ Hassrede, Fake-News und Verschwörungserzählungen haben Einfluss auf die Debattenkultur in unserer Gesellschaft. Wie können wir dem argumentativ begegnen? Was können Menschen erreichen, die sich in aufgeheizter Stimmung für unser Gemeinwesen engagieren?



STATEMENT

AWO Demokratiekonferenz

Solidarität statt Hetze

Demokratie verteidigen, Zukunft gestalten – Abschlussresolution



„Nie wieder ist jetzt“ wurde in den vergangenen Monaten zum Synonym des gemeinsamen Einstehens für unsere Demokratie. Bundesweit ist die Arbeitnehmer*innen Teil der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die für Demokratie, Vielfalt und Akzeptanz eintreten. Wir zeigen Gesicht an vielen Orten und in vielen Bündnissen. Demokratie und unsere freiheitlichen Rechte sind kein Geschenk. Sie sind hart erkämpfte Errungenschaften, die es zu bewahren gilt. Wir streiten für unsere Werte Solidarität, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit, weil wir in einer pluralen Gesellschaft zusammenleben wollen, in der sich alle Menschen frei von Bedrohung und Angst entfalten können. Dafür steht die AWO seit ihrer Gründung im Jahr 1919. Unser Grundsatzprogramm von 2019 erkennt als Voraussetzung einer freien und gerechten Gesellschaft den demokratischen und sozialen Rechtsstaat,

der zunehmend Angriffen der extremen Rechten ausgesetzt ist. In einem Verband, der in der nationalsozialistischen Diktatur zerschlagen wurde, erleben wir erneut, dass unsere Mitarbeiter*innen und Ehrenamtlichen, unsere Einrichtungen und Gliederungen, für ihr Engagement bedroht und angegriffen werden. Umso mehr besorgt uns, dass die Haushaltsmittel im Demokratieförderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ für die kommende Förderphase de facto gekürzt werden sollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass in ländlichen Regionen Leerstellen entstehen und sich Engagierte allein gelassen fühlen. Gerade hier brauchen wir das dauerhafte und starke Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Bei der Demokratiekonferenz in Erfurt haben ehrenamtlich und hauptamtlich Aktive aus dem ganzen Bundesgebiet

unter dem Motto „Demokratie verteidigen, Zukunft gestalten“ gemeinsam mit Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft Handlungsoptionen für ein vielfältiges Miteinander, für Demokratie und Akzeptanz in der AWO und in den Sozialräumen diskutiert. In vielfältigen Formaten haben die Teilnehmenden die politische Rolle der Freien Wohlfahrt erörtert, sich gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen positioniert und sich mit dem Auf- und Ausbau und der Unterstützung neuer Demokratiebündnisse vor Ort auseinandergesetzt.

Die AWO ist eine verlässliche Partnerin in den Kommunen und Landkreisen. In Zeiten, in denen extreme Rechte erstarken und unsere Demokratie angreifen, erneuern wir die Brandmauer zum Schutz unserer Demokratie. Wir stehen ein für die Stärkung der demokratischen Institutionen.

Bei den Wahlen in vielen Kommunen, in mehreren Bundesländern und in der Europäischen Union werden Weichen für unsere Zukunft gestellt. Wir streiten für eine gerechte und zukunftsgerichtete Politik und sind Teil einer starken Zivilgesellschaft, die sich rechtsextremen Ideologien und

populistischen Kräften entgegenstellt. Wir lassen nicht zu, dass Menschen in unserem Land ausgegrenzt und verfolgt werden. Aus dieser Überzeugung heraus leisten wir tagtäglich unsere Arbeit. Wir stellen uns schützend vor unsere Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen.

Es kommt auf jeden und jede Einzelne an. Gemeinsam verteidigen wir unsere Demokratie und gestalten unsere Zukunft!

Erfurt, 4. Mai 2024

AWO

RESÜMEE

Erkenntnisse, Aufgaben und nächste Schritte

Stetige Weiterbeschäftigung
mit juristischen Fragen und Gutachten

Innerverbandliche Strukturen
weiterentwickeln

Stetige Lobbyarbeit für Mittel
zur Demokratiestärkung unerlässlich

Demokratiekonferenzen als
jährliche Foren verstetigen

Alle AWO Gliederungen bundesweit
für Themen und Herausforderungen
sensibilisieren



DEMOKRATIE



BRAUCHT



DEMOKRATEN

